

GR. Peter MAYR

16.10.2008

A N F R A G E

Betr.: Reduktion der Parkplatzverluste auf Grund technischer Verkehrsmaßnahmen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Auf Grund von Maßnahmen die in letzter Zeit vom Straßenamt angekündigt bzw. umgesetzt wurden, kam es zu deutlichen Beschwerden aus der betroffenen Bevölkerung, da die Maßnahmen meist in Stadtviertel vorgenommen werden (sollen), in denen es nur ein knappes Parkplatzangebot für AnrainerInnen und Wirtschaftstreibende gibt.

Bei Maßnahmen zur Busbeschleunigung gab es mittlerweile einen breiten politischen Konsens, dass Maßnahmen in neuralgischen Straßenzügen (wie der Keplerstraße) überdacht und mit allen Betroffenen neu entwickelt werden.

Bzgl. der möglicherweise durch Sicherheitsrichtlinien in der Straßenbahnverordnung 1999 bedrohten Parkplätze entlang der Linien 1, 3, 7 etc. gab es vor kurzem eine für die Betroffenen positive Meinungsäußerung des Bundesrechnungshofes im Rahmen einer Prüfung bei der Graz AG, worauf der Vorstand der Graz AG auch sofort eine Überprüfung der rechtlichen Möglichkeiten für einen weitgehenden Erhalt der Parkplätze eingeleitet hat.

Der dritte und letzte Punkt betrifft Maßnahmen der Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit zur Erhöhung der Sicherheit bei Zebrastreifen. Hier wurde und wird an einigen Stellen statt einer bauliche Ausformung des Gehsteiges eine massive Sperrung von Parkplatzflächen bevorzugt.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e,

ob Du bereit bist, im Konsens mit der zuständigen Frau Vizebürgermeisterin Rücker, Dich dafür einzusetzen, dass alle wichtigen Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs mit einem Minimum an Reduktion von Stellflächen für den ruhenden Verkehr verbunden sind und alle Maßnahmen diesbezüglich noch einmal überprüft und mit den Betroffenen abgestimmt werden?



Betr.: Feuerwache Kroisbach

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Gemeinderätin Edeltraud Meißlitzer
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 16. Oktober 2008

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wie den Medien zu entnehmen war, soll die Feuerwache in Kroisbach aus Kostengründen geschlossen werden. Was natürlich in Mariatrost für herbe Verbitterung sorgt, stellt dieser Plan doch einen schweren Schlag gegen die Sicherheit der Bevölkerung im Grazer Osten dar. Denn es ist natürlich ein gehöriger Unterschied, ob bei einem Brand das erste Löschfahrzeug von Mariagrün abfährt, oder sich vom Lendplatz bzw. Dietrichsteinplatz durch dichtesten Verkehr durchkämpfen muss.

Nachdem es nun wirklich nicht so sein kann, dass angebliche Budgetnöte – ich betone da jetzt ausdrücklich „angebliche Budgetnöte“, denn wenn ich von manchen krausen Ideen wie die sogenannte „Rolltreppe“ zwischen Hauptbahnhof und Jakominiplatz höre, hat es den Anschein, dass Geld keine Rolle spielt – ausschließlich zu Lasten der Sicherheit der Bevölkerung gehen, stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister

die Anfrage,

ob Sie bereit sind, dafür zu sorgen, dass die Feuerwache in Kroisbach von der Berufsfeuerwehr weiterhin besetzt wird?



*Die Grünen – Alternative Liste Graz
Gemeinderatsklub
A-8011 Graz, Rathaus*

*Telefon (0 31 6) 872-21 62
Telefax (0 31 6) 872-21 69
E-Mail gruene.klub@stadt.graz.at
Web <http://www.graz.gruene.at>*

Anfrage an Bürgermeister Mag. Nagl
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 16.10.2008
von Gemeinderätin Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner

Betrifft: City of Design

Sehr geehrter Herr Bürgermeister

wie weit sind die Aktivitäten der Stadt Graz, sich als City of Design zu bewerben, bis dato fortgeschritten und welche nächsten Schritte sind in welchem Zeitrahmen von Ihrer Seite geplant?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, 16. Oktober 2008

KPÖ-Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Unterstützung des Marienstüberls

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das Marienstüberl in der Keplerstraße 82 ist eine wichtige Einrichtung in unserer Stadt, wo ehrenamtliche MitarbeiterInnen und insbesondere Schwester Elisabeth mit unermüdlichem Einsatz die Menschen unterstützen, denen das Leben übel mitgespielt hat. Junge und mittellose Leute, Haftentlassene, MigrantInnen aber auch PensionistInnen erhalten dort ein Essen, aber auch seelische Unterstützung und Zuspruch.

Der Anteil an Notleidenden ist jedoch in der letzten Zeit gestiegen und damit auch der erforderliche Arbeitseinsatz, der kaum mehr zu bewältigen ist. Das Marienstüberl braucht aus diesem Grund personelle Unterstützung in Form einer bezahlten Ganztagsstelle.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, sich für eine Personalsubvention zur Anstellung einer Ganztagskraft im Marienstüberl einzusetzen und vielleicht auch an die Verantwortlichen des Landes heranzutreten, um gemeinsam dieser wichtigen Einrichtung der Stadt die erforderliche Unterstützung zukommen zu lassen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, 16. Oktober 2008

KPÖ-Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Mehr finanzielle Unterstützung für die Schuldnerberatungsstelle

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Schuldnerberatungsstelle ist eine wichtige Einrichtung in der Stadt Graz, die unverzichtbare Arbeit leistet. Gerade in einer Zeit, wo der Anteil der Menschen steigt, die an und unter der Armutsgrenze leben und dadurch Gefahr laufen, sich zu verschulden, ist sie die Anlaufstelle, die professionelle Unterstützung bieten kann. Persönliche Beratungsgespräche und das Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten sind daher für viele in dieser Notsituation dringend erforderlich. In den letzten Jahren ist jedoch der Anteil der Hilfesuchenden beträchtlich gestiegen und das führt dazu, dass die Wartezeiten bei der Schuldnerberatungsstelle für ein persönliches Gespräch wegen ihrer äußerst geringen personellen Ausstattung überaus lang sind. Aber gerade bei einer Verschuldung ist schnelle Hilfe angesagt, eine Beratung, die rechtzeitig ansetzt, um vielleicht auch einen Privatkonkurs im Vorfeld abwenden zu können.

Namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, insbesondere bei den verantwortlichen Stellen des Landes dafür einzutreten, dass eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Schuldnerberatungsstelle so schnell als möglich umgesetzt wird?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, 16. Oktober 2008

KPÖ-Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Eltern nicht zusätzlich zur Kasse bitten

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Umsetzung der politischen Maßnahme, dass die Kindergärten in unserer Stadt gratis besucht werden können, ist ein wichtiger Schritt insbesondere hin zur Entlastung einkommensschwacher Eltern bzw. AlleinerzieherInnen und zum Vorteil aller Kinder. Abgesehen davon, dass dafür Sorge getragen werden muss, dass auch für alle Kinder ein Platz zur Verfügung stehen muss, gibt es durch die Umstellung noch einige Verunsicherungen. In der letzten Zeit wurde ich mehrmals damit konfrontiert, dass private Kindergärten in schriftlicher Form Eltern um eine freiwillige Spende ersucht haben. So wird argumentiert, dass zwar der gesetzliche Beitrag für das Essen bei 19,- Euro liegt, aber weitere 36,- Euro wünschenswert wären. In anderen Einrichtungen ist zum Beispiel geplant, den Bastelbeitrag zu erhöhen. Da die Betreiber der Kindergärten jedoch Förderungen in Aussicht gestellt bekommen haben, die den Erhalt garantieren sollen, finde ich es befremdlich, dass quasi über die Hintertür Eltern zusätzliche finanzielle Mittel entrichten sollen. Es ist Aufgabe der öffentlichen Hand, die Gratiskindergartenplätze für alle Kinder sicherzustellen.

Namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, dafür Sorge zu tragen, dass bei der Umstellung auf Gratiskindergärten nicht doch noch die Eltern zur Kasse gebeten werden und damit eine Gleichstellung aller Kinder gefährdet ist?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, 16. Oktober 2008

KPÖ-Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer

Anfrage

Betrifft: Steuerentlastung für behinderte Menschen darf nicht vom Einkommen abhängig sein

Wegen außergewöhnlicher Belastungen, die Behinderten im Vergleich zu nicht Behinderten entstehen, bietet das Steuerrecht Möglichkeiten, die erhöhten Kosten zu berücksichtigen.

Sie liegen dann vor, wenn Aufwendungen zwangsläufig erwachsen, außergewöhnlich sind und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des/der Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen. Sie können bei der Einkommenssteuererklärung geltend gemacht werden und führen zu einer Verringerung des zu versteuernden Einkommens.

Eine Person gilt dann als behindert, wenn der Grad der Behinderung mindestens 25 Prozent beträgt. Der Pauschalbetrag ist abhängig vom Grad der Behinderung. So liegt z.B. der jährliche Freibetrag bei einem Grad der Behinderung von 25-34 Prozent bei 75 Euro. Darüber hinaus gibt es Freibeträge für dauerhafte Krankheiten, für Gehbehinderte und für behinderte Kinder.

Diese Möglichkeiten der steuerlichen Entlastung sind eine wichtige Maßnahme zur Unterstützung der Menschen, die aufgrund körperlicher und geistiger Behinderung in unserer Gesellschaft sehr häufig diskriminiert und vielfach auch ausgegrenzt werden. Aber er gilt leider nicht für alle, die davon betroffen sind. Denn Menschen, die sehr wenig verdienen, kommen nicht in den Genuss von Steuerabschreibungen, obwohl eine Behinderung vorliegt. Es entspricht nicht dem Gleichheitsgrundsatz, wenn Menschen mit Behinderung, diesbezüglich unterschiedlich behandelt werden. Denn im Mittelpunkt muss der Sachverhalt der Behinderung stehen und nicht das Einkommen.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich somit an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, an die verantwortlichen Stellen des Bundes heranzutreten, um auf den Sachverhalt der Ungleichbehandlung von Menschen mit Behinderung in Bezug auf Steuerentlastungen hinzuweisen und eine Veränderung anzuregen, die sie ausschließlich an der Behinderung festschreiben?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Gertrude Schloffer

Donnerstag, 16. Oktober 2008

ANFRAGE

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betr.: Beantwortung von Anfragen nach der Geschäftsordnung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Vor geraumer Zeit wurden von Ihnen drei meiner Anfragen der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. Dabei handelt es sich um folgende Themen:

- 1.: Wartehäuschen bei der GVB-Haltestelle „Gasthaus Heimkehrer“ (Gemeinderatssitzung vom 13. Dezember 2007).
- 2.: Golfplatz Andritz – Zaunverlängerung (Gemeinderatssitzung vom 13. Dezember 2007).
- 3.: Wartehäuschen bei der GVB-Bushaltestelle „Auf der Tändelwiese“. (Gemeinderatssitzung vom 10. April 2008).

§ 46 des Statutes der Landeshauptstadt Graz besagt im Absatz 3: *„Jedes Mitglied des Gemeinderates ist befugt, in allen Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Stadt Anfragen an den Bürgermeister zu richten. Der Bürgermeister ist verpflichtet, spätestens in der dritten der Anfrage folgenden Sitzung mündlich oder schriftlich zu antworten.“*

Diese Frist wurde längst überschritten. Es geht mir auch darum, dass man als Gemeinderat mit seinen Anfragen ernst genommen wird. Deshalb ist es nicht richtig, wenn man so lange auf eine inhaltliche Antwort auf warten muss.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs daher folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, zu veranlassen, dass meine genannten 3 Anliegen baldigst bearbeitet werden und ich die ausstehenden inhaltlichen Antworten erhalte?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at
Graz am 16. Oktober 2008

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Anfrage

Betrifft: **Novellierung des steiermärkischen Baugesetzes**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im April 2007 wurde in der Generalversammlung des Österreichischen Instituts für Bautechnik (OIB) einstimmig beschlossen, sechs Punkte in die Baugesetze der Länder einfließen zu lassen. Alle Punkte basieren auf Beratungen der 2000 eingesetzten Länderexpertengruppe.

Die sechs Richtlinien behandeln im einzelnen folgende Gebiete:

1. Standsicherheit von Bauwerken
2. Brandschutz
3. Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz
4. Nutzungssicherheit, Barrierefreiheit
5. Schallschutz
6. *bereits umgesetzt: Energieeinsparung und Wärmeschutz* (Dieser Punkt basiert auf der EU-Richtlinie 2002/91/EG vom 16.12.2002.)

Nach Aussage von Repräsentanten der Baupolizei werden die OIB-Richtlinien 1-5 bereits angewandt. Das ist auch zu begrüßen, da sie dem aktuellen Stand der Technik entsprechen. Es gibt jedoch im bestehenden Baugesetz Bestimmungen, die diesen modernen Richtlinien widersprechen. In diesen Fällen ist die Baupolizei verpflichtet, das (veraltete) Gesetz anzuwenden, obwohl dieses Bestimmungen enthält, die nicht dem in den OIB-Richtlinien 1-5 formulierten Stand der Technik entsprechen. Das geht auf Kosten von Sicherheit im Bau, beim Lärm- und Umweltschutz. Es wäre also dringend geboten, die Richtlinien in das Steiermärkische Baugesetz einfließen zu lassen, die Bundesländer Vorarlberg, Tirol, Wien und Burgenland haben das bei ihren Baugesetzen bereits getan.

Die Stadt Graz müsste massives Interesse an einer Novellierung haben.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Welche Schritte werden Sie unternehmen, damit auf Landesebene endlich begonnen wird, an einem Entwurf für eine umfassende Novellierung des Steiermärkischen Baugesetzes zu arbeiten?

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

Betr.: **Schließung von Postämtern in Graz**; mündliche Anfrage
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 16.10.2008

Sehr geehrter Herr Bürgermeister !

Bezüglich der geplanten Schließung von sechs Postfilialen in Graz wurde in den Grazer Medien in den vergangenen Wochen und Monaten hinlänglich berichtet. In der Gemeinderatssitzung vom 18.09.2008 haben Sie im Zuge einer Initiative der SPÖ auch kundgetan, bereits einen Brief an die Post AG geschrieben zu haben in dem Sie davor warnen die Infrastruktur abzubauen. Von diesem geplanten Abbau ist zum Beispiel auch die Filiale Peter-Tunner-Gasse in 8029 Graz betroffen. Im Falle einer tatsächlichen Schließung wäre in Zukunft für die Kunden somit zur nächsten Filiale am Hauptbahnhof eine zusätzliche Strecke von zwei Kilometern zurückzulegen.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir auf die dahinter stehende Widersprüchlichkeit dieser Vorgehensweise hinzuweisen. Während seitens der Stadt Graz vermehrt Initiativen gesetzt werden, den Individualverkehr einzudämmen, kommt es gleichzeitig zu einem verstärkten Abbau wichtiger Teile unserer Infrastruktur. Ein zentral gelegenes Postamt und dessen leichte Erreichbarkeit stellt nun einmal ein elementares Bedürfnis der Grazerinnen und Grazer dar.

Filialabbau und die damit verbundene erschwerte Erreichbarkeit erscheinen mir aber in dieser Frage als Schritt in die falsche Richtung. Diese Meinung wird auch von einer beträchtlichen Anzahl der Grazerinnen und Grazer geteilt. Alleine gegen die Schließung der Filiale Peter-Tunner-Gasse in 8029 Graz liegen mittlerweile mehr als 2000 Unterschriften vor. Da aber in ganz Österreich zahlreiche Postämter von einer geplanten Schließung betroffen sind und ich der Meinung bin, dass ein Brief Ihrerseits, so gut er auch gemeint sein mag, nicht ausreicht um diese bedenkliche Entwicklung zu verhindern, deshalb stelle ich

namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

Ob Sie bereit sind, sich mit Amtskolleginnen und –Kollegen anderer betroffener Städte und Gemeinden in Verbindung zu setzen, um gemeinsame, geeignete Schritte gegen den geplanten infrastrukturellen Abbau von Postfilialen in ganz Österreich zu setzen.